

Bremische Bürgerschaft Stadtbürgerschaft 18. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde

1. 20.02.14

Aktueller Sachstand zum Brand in der Grundschule an der Fischerhuder Straße

Wir fragen den Senat:

1. Welche Gebäudeteile, Räume und Baumaterialien sind durch den Brand beschädigt worden, und wer wird für den Schaden aufkommen müssen?
2. In welchen Räumen wird der Unterricht für die durch den Brand betroffenen Schülerinnen und Schüler derzeit umgesetzt, und wann wird der Schaden voraussichtlich behoben werden?
3. Werden Schülerinnen und Schüler derzeit durch den entstandenen Schaden an anderen Schulstandorten unterrichtet, und wenn ja, wie viele und wo?

Aydin Gürlevik, Mustafa Güngör, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

2. 25.02.14

Wie hält Bremen es mit der Verschlüsselung der elektronischen Kommunikation?

Wir fragen den Senat:

1. Welche Verschlüsselungen werden für die elektronische Kommunikation zwischen Bürgern und der Verwaltung, z.B. für den E-Mail Verkehr, die elektronische Steuererklärung (ELSTER) und andere Dienstleistungen der Verwaltung verwendet?
2. Sind alle Senatsverwaltungen mittels Verschlüsselungsprogrammen wie PGP (Pretty Good Privacy) zu erreichen?
3. Welche Maßnahmen sind geplant, um sichere Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung zukünftig bekannter zu machen und z. B. für Programme wie PGP zu werben?

Rainer Hamann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

3.

25.02.14

Geplante Bushaltestelle im Technologiepark realisieren

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Einrichtung einer Haltestelle für Busse der Linien 630/670 nahe der Kreuzung Autobahnzubringer/Hochschulallee, die als Optimierung der ÖPNV-Anbindung des Technologieparks nach Norden von VBN (Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen), ZVBN (Zweckverband VBN), den Verkehrsträgern und dem Stadtteilbeirat Horn-Lehe befürwortet wird und deren Finanzierung gesichert zu sein scheint?
2. Welche konkreten Gründe haben dazu geführt, dass der vom Verkehrsressort nach Abschluss des gut zwei Jahre dauernden Vorbereitungs- und Planungsprozesses an das ASV gegebene Umsetzungsauftrag dort offenbar nicht abgewickelt wird?
3. Wie wird der Senat sicherstellen, dass die allseits begrüßte, fertig geplante und offenbar auch in der Finanzierung gesicherte Haltestelle kurzfristig realisiert wird?

Andreas Kottisch, Jürgen Pohlmann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

4.

25.02.14

Lärmschutz an der Stolzenauer Straße

Wir fragen den Senat:

Würde der Senat, falls die Deutsche Bahn keine Lärmschutzwand an der Stolzenauer Straße errichtet, die Straße in den bremischen Lärmaktionsplan aufnehmen und dort eine Lärmschutzwand aufstellen? Wenn nein, warum nicht?

Welche anderen Möglichkeiten sieht der Senat, die starke Lärmbelastung an der Stolzenauer Straße für die Anwohner zu reduzieren?

Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

5.

25.02.14

Verbrauchermarkt für Fähr-Lobbendorf

Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat den Vorschlag des Bauamtes Bremen-Nord, die Meckerwiese in Fähr-Lobbendorf für die Ansiedelung eines Verbrauchermarktes auszuwählen, wodurch eine weitere grüne Fläche versiegelt werden würde?

Plant der Senat in Fähr-Lobbendorf strikt am Zentrenkonzept festzuhalten, wodurch die sinnvolle Ansiedelung eines Verbrauchermarktes auf dem ehemaligen Vulkan-Parkplatz verhindert werden würde, oder kann in diesem Fall das Zentrenkonzept flexibel gehandhabt werden?

Welche Gründe sprechen gegen die Ansiedlung eines Verbrauchermarktes auf dem ehemaligen Vulkan-Parkplatzgelände?

Silvia Neumeyer, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und
Fraktion der CDU

6.

06.03.14

Pflegesituation in Bremen

Ich frage den Senat:

1. Wie viele Pflegeheime und wie viele ambulante Pflegedienste – mit welcher Tendenz – gibt es derzeit in Bremen?
2. Wie viele Pflegefachkräfte und wie viele Pflegehilfskräfte – mit welcher Tendenz – arbeiten in Bremen?
3. Wie hoch ist die Zahl der pflegebedürftigen Menschen – mit welcher Tendenz – in Bremen (bitte getrennt nach stationären und ambulanten Pflegefällen ausweisen)?

Dr. Martin Korol (BIW)

7.

07.03.14

Probleme mit Inklusionsschülerinnen/Inklusionsschülern an Bremens Schulen

Ich frage den Senat:

1. Gibt es eine Erhebung über solche Schülerinnen und Schülern in den 5. Oberschulklassen, die offensichtlichen Förderbedarf haben, aber nie getestet wurden?
2. Was passiert, wenn Inklusionskinder nicht zusammen mit den anderen Schülerinnen und Schülern in einer Regelklasse unterrichtet werden können, weil sie nicht in der Lage sind, sich an einfachste Verhaltensregeln zu halten?
3. Wie lange dauert es durchschnittlich, bis das ReBuZ (schulbezogenes Regionales Beratungs- und Unterstützungszentrum) auf eine Schulumeldung hin aktiv wird?

Dr. Martin Korol (BIW)

8.

11.03.14

Wie sieht die verkehrliche Zukunft der H.-H.-Meier-Allee aus?

Wir fragen den Senat:

1. Ist dem Senat bekannt, dass sich der Beirat Schwachhausen in einem mehrmonatigen Verfahren mit der zukünftigen verkehrlichen Gestaltung der H.-H.-Meier-Allee beschäftigt hat?
2. Wird der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr den Beschluss des Beirats respektieren und ihn umsetzen?
3. Welche Konsequenzen erwartet der Senat für die Bereitschaft der Beiräte, sich in solchen Verfahren im Sinne der Bürgerbeteiligung zu engagieren, wenn der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr den Beschluss des Beirats nicht umsetzt und stattdessen die vom Stadtteilbeirat abgelehnte Einrichtung einer Fahrradstraße weiter verfolgt?

Antje Grotheer, Helmut Weigelt, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

9.

13.03.14

Perspektive der arbeitsmarktpolitischen Projekte von Quirl e. V.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Optionen verfolgt der Senat jeweils, um bisherige, nicht in den neuen Verein Quirl-Kinderhäuser übergehende Angebote von Quirl e. V. in den Stadtteilen trotz der Insolvenz des Trägers zu erhalten?
2. Unter welchen Bedingungen könnten andere Träger solche Angebote übernehmen und weiterführen?
3. Sind über die bisher bekannt gewordenen Fälle Mütterzentrum Tenever und Quirl hinaus noch weitere Träger davon betroffen, dass bisherige Angebote vom Jobcenter als nicht mehr förderfähig eingestuft werden, weil sie nicht zusätzlich oder nicht wettbewerbsneutral seien?

Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

10.

13.03.14

Wohnungsverkäufe der Vitus-Gruppe an die Deutsche Annington in Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Welche Informationen hat der Senat darüber, welche Bestände in Bremen von dem angekündigten Verkauf durch die Vitus-Gruppe an die Deutsche Annington betroffen sind?
2. Inwieweit ist der Verkauf nach Informationen des Senats bereits rechtsfest abgeschlossen?

3. Warum sind seitens des Senats keine Versuche unternommen worden, diese Bestände durch Ankauf seitens der Stadt oder der GEWOBA zu rekommunalisieren?

Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

11.

14.03.14

Erhöhte Leukämiezahlen im Umfeld des Tanklagers Farge

Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat die Aussage, dass die Leukämiezahlen in Farge und Rönnebeck in den letzten zehn Jahren auffällig angestiegen sind?

Wie beurteilt der Senat die Leukämiegefährdung der Anwohner des Tanklagers Farge?

Plant der Senat eine Studie zu einer erhöhten Leukämiegefahr im Bereich des Tanklagers Farge durchzuführen?

Rainer Bensch, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

12.

14.03.14

Entwicklung Grünpfeil

Wir fragen den Senat:

Wie viele Grünpfeile wurden in den letzten drei Jahren im Stadtgebiet entfernt, und wie viele wurden neu angebracht?

Wie bewertet der Senat die Nutzung des Grünpfeils?

Plant der Senat in den nächsten Jahren die Nutzung des Grünpfeils im Stadtgebiet weiter auszubauen?

Heiko Strohmann, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

13.

14.03.14

Sportpark in der Überseestadt

Ich frage den Senat:

1. Warum wurden Grundzüge des rechtsgültigen Bebauungsplanes für das Gebiet „Überseestadt“ maßgeblich verändert, indem der vorgesehene Park von einer „Grünfläche (Park)“ zu einem „Sportpark“ für ganz Bremen umgewidmet wurde, ohne

dass der Senat seiner Pflicht zur öffentlichen Neuauslage des Plans nachgekommen wäre, mit dem Ergebnis, dass er damit den Anwohnern ihr Einspruchsrecht nahm?

2. Welchen Ausgleich gedenkt der Senat Bewohnern der Überseestadt für den Verlust der Wohnqualität aufgrund der - möglicherweise - rechtswidrigen Errichtung dieses Sportparks zu leisten?

3. Weshalb müssen die Betriebs- bzw. Erhaltungskosten für den Sportpark, dessen Sportflächen aufgrund ihrer Einzigartigkeit ausdrücklich zur Nutzung für ganz Bremen eingerichtet werden, von der Überseestadt getragen werden?

Dr. Martin Korol (BIW)